

KONJUNKTURREPORT

20. Jg., Ausgabe 4, November 2020

Zweite Corona-Welle bremst Konjunkturerholung in Europa

Nachdem sich die **Weltwirtschaft** im dritten Quartal spürbar vom Corona-bedingen Einbruch erholt hatte, ließ das Expansionstempo seit September nach. Da Europa im Herbst von der zweiten Welle an Neuinfektionen erfasst wurde und die Infektionsschutzmaßnahmen teils deutlich verschärft wurden, dürfte die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal sinken, wodurch sich auch die Startbedingungen für das Jahr 2021 verschlechtern. Hoffnung auf eine markante Beschleunigung ab dem Frühjahr machen die jüngsten Signale hinsichtlich der baldigen Verfügbarkeit von Impfstoffen. Anders als in Europa setzt sich in den USA und in Asien die wirtschaftliche Belebung fort. Der Welthandel erholte sich im dritten Quartal ebenfalls spürbar von seinem im Frühjahr erlittenen Einbruch. Der RWI/ISL-Containerumschlag-Index deutet auf eine Fortsetzung der positiven Entwicklung im Herbst hin. Verglichen mit früheren Rezessionen hat sich der Welthandel in Anbetracht des starken Konjunkturerinbruchs im zweiten Quartal als recht robust erwiesen. Wesentlich dafür ist, dass von den Infektionsschutzmaßnahmen vor allem der Dienstleistungsbereich und weniger die Warenproduktion in Mitleidenschaft gezogen wird.

Im dritten Quartal legte die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung in der Gruppe der **OECD-Staaten** um 9,0 % gegenüber dem Vorquartal zu, nach Rückgängen um 1,9 % im ersten und 10,6 % im zweiten Quartal. In den **USA** stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 7,4 %, nach Rückgängen um 1,3 % bzw. 9,0 % in den beiden ersten Quartalen. In **Japan** stieg das BIP im dritten Quartal um 5,0 %. Dies war das erste positive Wachstum seit dem zweiten Quartal 2019. In **China** hatte die Wirtschaftsleistung bereits im zweiten Quartal mit einem Wachstum um 11,7 % ihren Einbruch von 10,0 % aus dem ersten Quartal wettgemacht. Im dritten Quartal setzte sich die Erholung mit einem Wachstum um 2,7 % fort. In der **EU27** nahm das saisonbereinigte BIP im dritten Quartal um 11,6 % zu, nach Rückgängen um 3,3 % bzw. 11,4 %. Im **Euroraum** betrug das Wachstum 12,6 %, nach Rückgängen um 3,7 % im ersten und 11,8 % im zweiten Quartal. Mit Spanien, Frankreich und Italien war das Wachstum dort besonders kräftig, wo die Wirtschaftsleistung zuvor am stärksten gesunken war. Das

Niveau von vor der Corona-Krise konnte bisher in keinem EU-Land wieder erreicht werden.

Einer Schnellschätzung zufolge stieg in **Österreich** das BIP im dritten Quartal um 11,1 %, nachdem es im ersten und im zweiten Jahresviertel um 2,5 % bzw. 12,1 % gesunken war. Damit war die Wirtschaftsleistung um 5,3% niedriger als im dritten Quartal 2019. Durch Nachhol-effekte verzeichnete der private Konsum einen kräftigen Zuwachs von 11,8 %, nachdem er in den beiden Vorquartalen um 3,3 % bzw. 12,3 % zurückgegangen war. Die Anlageinvestitionen legten im dritten Quartal um 4,5 % zu, nach Rückgängen um 0,4 % bzw. 7,5 %. Nachdem im Frühjahr die Exporte und die Importe jeweils um 13,2 % eingebrochen waren, legten im dritten Jahresviertel die Exporte um 10,4 % und die Importe um 6,2 % zu. Die Wertschöpfung im zusammengefassten Wirtschaftsbereich Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe sowie Energie- und Wasserversorgung stieg im dritten Quartal um 13%, nachdem sie in den beiden ersten Quartal um 0,9 % bzw. 14,3 % eingebrochen war. Im Bauwesen folgte auf eine Stagnation im ersten Quartal und einen Rückgang um 9,1 % im zweiten ein Wachstum um 6,4 % im dritten Quartal. Die Marktdienstleistungen, welche zu einem überwiegenden Teil aus der von der Krise stark betroffenen Bereichen Handel, Verkehr und Tourismus sowie den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen bestehen, verzeichneten im dritten Quartal eine Zunahme um 14,5 %, nach Rückgängen um 3,4 % bzw. 14,8 %.

Für die Bundesländer stehen Produktionsdaten für den produzierenden Bereich bis August 2020 zur Verfügung (für Österreich insgesamt bis September). In der Produktion zeigt sich zunächst ein V-förmiger Verlauf mit einem starken Einbruch im Frühjahr und einer deutlichen Erholung im Sommer, die sich zuletzt aber abschwächte. Im Zeitraum Jänner bis August ist in **Kärnten** die Produktion im gesamten Produzierenden Bereich im April um 2,6 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum gesunken. In ganz Österreich war der Rückgang mit knapp 8 % deutlich stärker. Im Verarbeitenden Gewerbe betrug der Rückgang in Kärnten 8,1 % und in Österreich 10,3 %, im Bauwesen in Kärnten 10 % und in Österreich 4,5 %. In Kärnten sank die Produktion im Hochbau um 11,3 %, während sie im Tiefbau um 2,2 % stieg.

Klaus Weyerstraß

Kommentar: Kraut- und Rübenpolitik

Alle Wirtschaftsbereiche der Europäischen Union sollen vom „Green Deal“ erfasst werden, um das Ziel einer Dekarbonisierung bis zum Jahr 2050 zu erreichen und damit Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Dazu umfasst der Grüne Deal einen Aktionsplan zur Förderung einer effizienteren Ressourcennutzung durch den Übergang zu einer sauberen und kreislauforientierten Wirtschaft, und zur Wiederherstellung der Biodiversität und zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung. Damit könnten auch wesentliche Elemente der von den Vereinten Nationen beschlossenen Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) erreicht werden.

Einer der zentralen Wirtschaftsbereiche ist dabei die Landwirtschaft. Der Agrolobby gelingt es jedoch, das Ziel einer Ökologisierung der EU-Agrarpolitik weitestgehend zu torpedieren. Rund ein Drittel des gesamten Haushalts der Union soll auch weiterhin für die Gemeinsame Agrarpolitik ausgegeben werden. Klimaforscher und Umweltschützer sind enttäuscht: Die groß angekündigte Ökologisierung der Landwirtschaft, für die in den nächsten sieben Jahren knapp 400 Milliarden Euro aufgewendet werden sollen, findet schlicht und einfach nicht statt. Die Enttäuschung ist auch in Österreich berechtigt, denn immerhin entfällt gemäß Klimaschutzbericht 2020 ein größerer Anteil der Treibhausgasemissionen auf die Landwirtschaft als auf den gesamten Gebäudebestand. Zwischen 1990 und 2018 ist im Gebäudebereich eine dreimal so hohe Reduktion der Treibhausgasemissionen gelungen als in der Landwirtschaft.

Lediglich 20 Prozent der flächengebundenen Direktzahlungen an Bauern sind für „Öko-Regelungen“ vorgesehen, d.h. z.B. für Bio-Landwirtschaft, für extensive Ackernutzung ohne Kunstdünger oder für das Anlegen von Streuobstwiesen, die einen wichtigen Beitrag zur Artenvielfalt leisten. Diese „Eco-Schemes“ haben allerdings mit Ökolandbau nur wenig zu tun, denn es gibt zahlreiche Ausnahmen, mit denen das 20-Prozent-Ziel völlig legal weiter verwässert werden kann. Das Bedrohungspotenzial, das sich aus der aktuellen Biodiversitätskrise ableiten lässt, wird auf politischer Ebene weiterhin kleingeredet.

Außerdem gibt es ab 2021 auch keine verpflichtende Obergrenze für Förderungen pro Betrieb. Die Subventionspolitik könnte bei entsprechendem politischen Willen, der offensichtlich fehlt, eine deutlich stärkere Lenkungswirkung in Richtung mehr Nachhaltigkeit entfalten.

Die Subventionierung der Zuckerrübenproduktion in der EU ist ein Paradebeispiel für gelungenen Lobbyismus, Protektionismus, ökologischen und ökonomischen Unfug. Es verwundert, dass ein relativ unwichtiges Produkt wie Zucker bereits über Jahrzehnte einen derart hohen Stellenwert in den internationalen Agrarverhandlungen erfährt. Zucker ist eines von wenigen Agrarprodukten, welches die ärmsten Entwicklungsländer in Afrika, der Karibik und im Pazifik zollfrei (unter dem *Everything but arms*-Abkommen) in die EU exportieren können.

In Österreich zeigt die *lex agrana*, wie die Subventionierung der inländischen Zuckerproduktion Maßnahmen der Entwicklungshilfe konterkariert. Anstelle der Subventionen für Rübenbauern wäre es sinnvoller, den Zuckerkonsum – wie auch jenen von anderen ungesunden Lebensmitteln – zu besteuern statt zu fördern. Zuckerbrot und Peitsche werden hier wohl verwechselt. Die Schließung der Zuckerfabrik in Leopoldsdorf in Niederösterreich wäre ein konsequenter Schritt in Richtung eines sinnvollen und überfälligen Strukturwandels innerhalb der Landwirtschaft gewesen. Mit der bewilligten Subvention von 250 Euro pro Hektar wird das Ende der Zuckerproduktion ohnehin lediglich um ein paar Jahre hinausgezögert. Am Ende sind sowohl das Geld als auch die Zuckerproduktion weg. Zusätzlich wird mit der Elektromobilität die Ethanolbeimischung für Benzin zunehmend irrelevant.

Der „Pakt zur Rettung des heimischen Zuckers“ gestattet ganz beiläufig auch die Notfallzulassung von Pflanzenschutzmitteln auf Basis von Neonicotinoid, einer Substanz, die zum Bienensterben beiträgt. Die Nitratbelastung des Grundwassers und die Nährstoffübersorgung von Flüssen und Seen wegen der intensiven Stickstoffdüngung sind ohnehin bekannte Umweltprobleme der Landwirtschaft.

Der Zuckerpakt kann wohl kaum als Vision für die Landwirtschaft in Europa herhalten. Die Agrolobby applaudiert jedenfalls, inklusive der Ministerin, und der Green Deal wird so geschwächt.

Verkauft wird uns eine solche Retropolitik mit der Notwendigkeit der Selbstversorgung – analog zum Protektionismus in zahlreichen anderen Wirtschaftsbereichen, wo man fälschlicherweise glaubt, durch eine Repatriierung von Lieferketten die Versorgungssicherheit erhöhen zu können.

Es ist unverständlich, dass bei derartigem Unfug kein Aufschrei der Empörung durch das Land geht, aber bei einem Preis für das „süße Gift“ von weniger als einen Euro pro Kilo fällt das der Mehrheit der Konsumenten gar nicht auf.

Norbert Wohlgemuth

Kommentar: Koste es, was es wolle?

Die Aussicht auf wirksame Impfstoffe gegen Covid-19 nährt die Hoffnung auf eine baldige Überwindung der globalen Gesundheitskrise. Die wirtschaftlichen Nachwehen werden uns jedoch noch länger beschäftigen, denn diese sind nicht einfach mit einer (Finanz)Spritze zu beseitigen. Aber auch Finanzspritzen können unangenehme Nebenwirkungen entfalten. So hatte die im Vergleich zur aktuellen Situation weniger dramatische Finanzkrise aus dem Jahr 2008 die Weltwirtschaft fünf Jahre lang im (Würge)griff, und in Europa führte sie zu einer Eurokrise, an der der Euro zu zerbrechen drohte.

Die Rettungs- und Konjunkturpakete, die weltweit geschnürt werden, lassen die sichtbare Hand des Staates gegenüber der unsichtbaren Hand des Marktes wieder deutlich erstarken. In Österreich bedeutet das beispielsweise, dass die von der öffentlichen Hand bereitgestellten Hilfen und Steuersenkungen die Staatsschulden mit Ende 2020 auf ca. 84 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung dieses Jahres ansteigen lassen werden. Für die EU-Staaten insgesamt liegt dieser Wert erstmalig jenseits von 100 Prozent.

Kurzfristig ist das kein Problem, die Beschränkungen des Europäischen Fiskalpakts sind ohnehin temporär(?) aufgehoben, weil der Nettoaufwand des Bundes für die Zinszahlungen dank der Null- und Negativzinspolitik der Europäischen Zentralbank weiter sinkt. So beträgt die Effektivverzinsung der Finanzschuld des Bundes gerade mal 1,55 Prozent (bei einer durchschnittlichen Restlaufzeit von 10,6 Jahren). Erst kürzlich konnte die Bundesfinanzierungsagentur eine Anleihe mit einer Laufzeit von 20 Jahren und einem Volumen von 2,5 Milliarden Euro mit einer Verzinsung von minus 0,094 Prozent begeben. Wenn das nicht eine Einladung zum Schuldenmachen ist! Zusätzlich ist die österreichische Zinsstrukturkurve derart flach, sodass selbst die im Juni begebene 100jährige Anleihe des Bundes mit mageren 0,88 Prozent rentiert.

So „alternativlos“ die gesetzten Maßnahmen auch sein mögen, so konträr sind die diskutierten Wege zur Sanierung der öffentlichen Haushalte. Sowohl der Finanzrahmen des Bundes als auch die Pläne der Kärntner Landesregierung sind diesbezüglich verdächtig vage. Am schmerzlosesten wäre ein „Herauswachsen“ aus den Schulden: Wenn die Wirtschaftsleistung schneller wächst als die öffentliche Verschuldung, relativiert sich die Schuldenlast. Aber selbst wenn sich dieses optimistische Szenario einstellen sollte, wird man auch bei einem weiterhin niedrigen Zinsniveau um strukturelle Maßnahmen, die das KIHS bereits in der Vergangenheit für zahlreiche Bereiche wiederholt

eingefordert hat, nicht herumkommen. Hier gilt es den Bürgern reinen Wein einzuschenken, denn Staatsschulden beschränken nun mal den zukünftigen Handlungsspielraum für wichtige Ausgaben in den Bereichen Klimaschutz oder Digitalisierung, und die scheinbar hilfreiche Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank zeigt bereits mehr als deutlich ihre negativen Nebenwirkungen (Anstieg von Aktienkursen und Immobilienpreisen, Nullzinsen für Sparer).

Auf die von der Bundesregierung versprochene Reduktion der im internationalen Vergleich hohen Abgabenquote wird man so schnell auch nicht zählen können. Wahrscheinlicher sind neue Belastungen – nicht nur für die viel zitierten „Millionäre“.

Längerfristig müssen Staaten wieder loslassen, d.h. sich zurückziehen, um die Entzugserscheinungen, die mit hohen Staatsquoten verbunden sind, zu lindern. Ein lautloses Abgleiten in den Sozialismus – bei den aktuellen Staatsquoten ist man nicht mehr meilenweit davon entfernt – würde ein gewaltiges Wohlstandsvernichtungsprogramm darstellen. Die Nebenwirkungen einer solchen „Medizin“ wären schlimmer als die Krankheit selbst. Der aktuelle *Transition-Reports* der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) trägt den Titel „Der Staat schlägt zurück“. Das kann nicht nur als Feststellung, sondern muss auch als Warnung verstanden werden.

In Kärnten ist für 2021 ein „moderater“(!) Anstieg der Schulden von 400 Millionen Euro vorgesehen (nach läppischen 300 Millionen 2020). Bis 2024 könnten die Schulden des Landes auf fünf Milliarden Euro ansteigen. Der Verweis auf die Kärntner Schuldenquote von lediglich 15 Prozent gegenüber jener des Bundes von mehr als 80 Prozent ist völlig verfehlt, denn das Land hat im Gegensatz zum Bund kaum Möglichkeiten zur Einhebung von ergiebigen Steuern. Das zu ändern wäre in einer offensichtlich notwendigen Föderalismusreform sehr wünschenswert, allerdings will man in der Landesregierung von mehr Steuerautonomie nichts wissen.

Ob das vielzitierte „Herausinvestieren“ aus der Krise gelingt, ist fraglich, nicht nur weil die öffentliche Hand ein sicheres Händchen für Fehlentscheidungen hat (z.B. Flughafen Klagenfurt), sondern auch angesichts der Bevölkerungsentwicklung und des dramatischen demografischen Wandels. Der Anteil der Kärntner Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Österreichs dürfte in den nächsten Jahrzehnten von aktuell 6,3% um einen vollen Prozentpunkt sinken. Für die Einnahmen aus dem Finanzausgleich bedeutet das nichts Gutes.

Koste es, was es wolle kann sehr leicht zu einer gefährlichen Drohung den Steuerzahlern gegenüber werden.

Norbert Wohlgemuth

Wirtschaftskennzahlen im Überblick

Staatseinnahmen (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge), 2019 in Prozent des BIP

	%
Euroraum	41,6
EU28	40,2
EU27	41,1
Belgien	45,9
Dänemark	46,9
Deutschland	41,7
Irland	22,7
Frankreich	47,4
Italien	42,6
Österreich	43,1
Rumänien	26,8
Schweden	43,6
Vereinigtes Königreich	35,3
Norwegen	40,2
Schweiz	27,4

Quelle: Eurostat; eigene Darstellung KIHS

Anteil der Sektoren an den gesamten Treibhausgasemissionen in Österreich, 2018 %

Sektor	Anteil in %
Energie und Industrie (Emissionshandel)	36,0
Energie und Industrie (Nicht-Emissionshandel)	7,4
Verkehr	30,3
Gebäude	10,0
Landwirtschaft	10,3
Abfallwirtschaft	3,2
Fluorierte Gase	2,9

Quelle: Umweltbundesamt – Klimaschutzbericht 2020; eigene Darstellung KIHS

Bevölkerungsprognose Österreich, nach Alter (Hauptvariante), 2020 und 2050 %

	2020, %	2050, %
Bis unter 20 Jahre	19,3	18,5
20 bis unter 65 Jahre	61,5	53,9
65 und mehr Jahre	19,1	27,6
Im Ausland geboren	20,0	24,9

Quelle: Statistik Austria – Bevölkerungsprognose 2020; eigene Darstellung KIHS

Bevölkerungsprognose Österreich, nach Bundesländern (Hauptvariante), 2020 und 2050 Tausend

	2020	2050
Burgenland	295,0	320,8
Kärnten	561,1	539,0
Niederösterreich	1.688,2	1.865,1
Oberösterreich	1.493,6	1.616,4
Salzburg	559,4	585,6
Steiermark	1.247,8	1.281,5
Tirol	759,6	816,5
Vorarlberg	398,2	427,8
Wien	1.918,9	2.153,2
Österreich gesamt	8.921,8	9.605,9

Quelle: Statistik Austria – Bevölkerungsprognose 2020; eigene Darstellung KIHS

Jährliche Inflationsraten Oktober 2020, %

	%
Euroraum	-0,3
EU	0,3
Griechenland	-2,0
Spanien	-0,9
Italien	-0,6
Deutschland	-0,5
Slowenien	-0,5
Frankreich	0,1
Schweden	0,4
Österreich	1,1
Niederlande	1,2
Slowakei	1,6
Tschechien	2,9
Ungarn	3,0
Polen	3,8

Quelle: Eurostat; eigene Darstellung KIHS

Außenhandel Österreichs, Jänner - August 2020 Prozentuelle Veränderung gegenüber Vorjahr, vorläufig

	Import, %	Export, %
Insgesamt	-5,6	-7,2
EU-27 (Intra-EU)	-6,5	-4,4
Drittstaaten (Extra-EU)	-3,9	-12,5

Quelle: Statistik Austria – Monatliche Außenhandelsstatistik; eigene Darstellung KIHS

Saldo Persönliche Transferzahlungen in EU-Staaten

Intra- und extra-EU, in Millionen Euro, 2019, %

	Mio. Euro
Rumänien	3.351
Portugal	3.167
Polen	2.474
Österreich	-682
Irland	-4.727
Deutschland	-5.439
Frankreich	-11.017

Quelle: Eurostat; eigene Darstellung KIHS

Impressum

Herausgeber: KIHS
Adresse: Universitätsstraße 65-67
 9020 Klagenfurt
 Tel. (0463) 2700 4113
E-Mail: office@kihs.at
Website: www.kihs.at

Der KIHS Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten und der Industriellenvereinigung Kärnten vier Mal jährlich.

Redaktionsschluss: 26.11.2020